

2014 - 2017

STIFTUNG
MERCATOR

Walter Hallstein-Institut
für Europäisches Verfassungsrecht



Forum Constitutionis Europae
Humboldt- Reden zu Europa

Abschlussbericht

Projekttitel:

Forum Constitutionis Europae

Projektnummer: 14-037

Abschlussbericht für den Zeitraum 1. Mai 2014 – 31. März 2017

Projektpartner:

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der
Humboldt-Universität zu Berlin

Projektleitung:

Prof. Dr. Dres. h.c. *Ingolf Pernice* (bis 31. März 2016)

Prof. Dr. *Matthias Ruffert* (ab 1. April 2016)

Humboldt-Universität zu Berlin

Juristische Fakultät

Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Unter den Linden 11

10117 Berlin

Tel.: 030/2093-3440

Fax: 030/2093-3449

E-Mail: matthias.ruffert@rewi.hu-berlin.de

Fotos: Elke A. Jung-Wolff, Solmsstraße 7, 10961 Berlin

Redaktion: Gabriele Müller
Elena Kullak

Druck: Druckerei der Humboldt-Universität zu Berlin, Technische Abteilung,
Dorotheenstraße 26, 10117 Berlin

Vorwort

Europa hat eine starke Stimme. Man muss sie zu Gehör bringen, damit sie sich gegen andere Stimmen durchsetzen kann, die vor allem durch ihre Lautstärke auffallen. Politiker, die das eigene Vorankommen vor die Verantwortlichkeit für das Gemeinwohl stellen und den Verbleib des eigenen Landes in der Europäischen Union aufs Spiel setzen, gehören ebenso dazu wie Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums, die das Friedensprojekt Europäische Union um des eigenen Machtzuwachses willen zu diskreditieren versuchen.

Europa hat starke Stimmen, und man kann sie zu Gehör bringen. Führungspersönlichkeiten aus den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten einschließlich der Gerichte haben Perspektiven auf die europäische Integration, die es lohnt, zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren. Das Forum Constitutionis Europae und die Humboldt-Reden zu Europa unternehmen es seit vielen Jahren, die juristische, politische und kulturelle Debatte um die starken europäischen Stimmen zu bereichern.

Das Walter Hallstein-Institut der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin nutzt dabei den akademischen Freiraum, wie ihn nur eine Universität bietet, und es erfreut sich dabei der hohen Reputation einer Universität, die nicht nur in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder erfolgreich ist. Dabei bleibt es auch, wenn die Leitung des Instituts – den Gepflogenheiten des Dienstrechts folgend – im Verlauf eines Projekts wechselt.

So ist das Vorwort vor allem ein Wort des Dankes an die beiden Projektmitarbeiterinnen Frau Gabriele Müller und Frau Elena Kullak, aber auch an alle gegenwärtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Walter Hallstein-Instituts bzw. des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht. Herzlich gedankt sei auch der Europäischen Kommission für die Unterstützung der Humboldt-Reden. Der größte Dank an dieser Stelle gebührt jedoch der Stiftung Mercator, die unter der Leitung von Frau Verena Ringler unser Projekt so nachhaltig und großzügig unterstützt hat.

Berlin, im März 2017

Ingolf Pernice

Matthias Ruffert

Inhaltsübersicht

1.	Forum Constitutionis Europae und Humboldt-Reden zu Europa	4
2.	Zur Organisation	5
	Projektverlauf	5
3.	Die einzelnen Reden: Forum Constitutionis Europae	7
	Michael Roth (14. Oktober 2014)	7
	Karel de Gucht (11. November 2014)	8
	Koen Lenaerts (24. November 2014).....	10
	Robert Menasse (20. Januar 2015)	12
	Íñigo Méndez de Vigo y Montojo (3. Februar 2015).....	15
	Pierre Moscovici (16. März 2015)	17
	Baroness Smith of Newnham (10. Juni 2015).....	19
	Jan Philipp Albrecht (28. April 2016).....	20
	Lubomír Zaorálek (14. Juni 2016)	23
	Emmanuel Macron (10. Januar 2017).....	26
4.	Die einzelnen Reden: Humboldt-Reden zu Europa	29
	José Manuel Durão Barroso (9. Mai 2014)	29
	Bohuslav Sobotka (4. Mai 2015)	32
	Matteo Renzi (1. Juli 2015)	34
	Valdis Dombrovskis (21. September 2015).....	38
	Andreas Voßkuhle (22. Oktober 2015)	41
	Mario Monti (25. Mai 2016)	45
	Prokopis Pavlopoulos (kurzfristig abgesagt)	48
5.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	49
6.	Erreichung des Projektzieles.....	53
	Anhang: Ausgewählte Medienberichterstattung.....	54

1. Forum Constitutionis Europae und Humboldt-Reden zu Europa

Das Forum Constitutionis Europae will den Diskurs über das europäische Verfassungsrecht, den Verbund der Verfassungsordnungen der europäischen Mitgliedstaaten mit dem europäischen Primärrecht, fördern und bietet ausgewählten Verantwortungsträgern in Politik, Justiz, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu aktuellen Themen und Entwicklungen der Europäischen Union und ihrer Rolle in der Welt mit den Studierenden und Lehrenden der Universität sowie allen interessierten Personen in Berlin und weit darüber hinaus zu teilen und zu diskutieren. Die Vortragsreihe wurde seit 1998 als gemeinsame Veranstaltung des Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung durchgeführt. Seit 2014 ist die Stiftung Mercator Kooperationspartnerin des Instituts.

Am 12. Mai 2000 hielt Bundesaußenminister *Joschka Fischer* auf Einladung des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Grundsatzrede zur europäischen Integration. Diese hat international ein großes Echo gefunden, das sich insbesondere auch mit dem Ort der Rede, der Humboldt-Universität in Berlin, verband. Hieraus entstand die Idee, über das Forum Constitutionis Europae hinaus die Humboldt-Universität zu Berlin auch zukünftig als Ort der perspektivischen Auseinandersetzung mit den Grundfragen der Europäischen Integration zu verbinden. Die Deutsche Nationalstiftung und die Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht haben daher im Jahr 2000 die Reihe "Humboldt-Reden zu Europa" ins Leben gerufen, die abseits der Tagespolitik zum öffentlichen Diskurs um die Europäische Integration beitragen soll. In unregelmäßigen Abständen sprechen (ehemalige) Staats- und Regierungschefs, außerdem Präsidenten der europäischen Institutionen und von Gerichten, zu Themen der Zukunft Europas.

Die Vortragsreihe wurde mit der Rede von *Helmut Schmidt* am 8. November 2000 im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin feierlich eröffnet. Seit 2008 ist die Vortragsreihe in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Deutschen Post DHL veranstaltet worden. Die Europäische Kommission ist weiter Partnerin des Walter Hallstein-Instituts. Seit 2014 wird auch diese Reihe im Rahmen des nun abgeschlossenen Projekts von der Stiftung Mercator unterstützt.

Forum Constitutionis Europae und *Humboldt-Reden zu Europa* sind feste Marken im Berliner europapolitischen Diskurs. Die Humboldt-Universität zu Berlin setzt mit ihnen Zeichen in den komplexen Debatten um die Europäische Union.

2. Zur Organisation

Projektverlauf

Vorbereitend wurden die Projektmitarbeiter eingestellt (Ausschreibung und Bewerbungsgespräche), die logistischen Abläufe organisiert, Konten eingerichtet und räumliche Umstrukturierungen vorgenommen. Der Adressenverteiler mit rund 5000 Adressen wurde aktualisiert. Für die Einrichtung eines adäquaten Einladungsmanagements waren ausführliche Recherchen über Internetdatenbanken und Systeme des Einladungsmanagements erforderlich, das webbasiert, vorzugsweise mit eigenem Server, unter Festlegung der erforderlichen Arbeitskriterien, und evtl. modifizierbaren Testversionen arbeitet. Auf der Basis der Recherchen wurden von Frau Müller Angebote und Vorschläge bei internen und externen Freelancern eingeholt, aber auch Vorlagen und Kriterien für die Einladungswebsite erstellt, die für die Anmeldungen programmiert werden sollte. Das beste Ergebnis wurde in das System auf Basis eines Werkvertrages integriert (inkl. Einführung, Betreuung, Wartung und Einweisung in das neue System). Für die Planung des Programms und die Vorbereitung der Einladung geeigneter Referenten wurden Kontakte zu verschiedenen Botschaften hergestellt und Besprechungen durchgeführt. Gemäß der festgelegten Rahmenthematik wurde die mittelfristige Konzeption, Planung und Programmgestaltung der Redenreihe erstellt. Ein entsprechender Briefkopf mit Logos und Textvorlagen für die Einladung der Redner in deutscher, englischer und französischer Sprache wurden erarbeitet.

Auch für die Einrichtung der Livestreamings für die Redereihen wurde das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis recherchiert. Die Humboldt-Universität zu Berlin hat hierfür eine spezielle Kamera erworben, die das Livestreaming als Direktübertragung möglich macht. Entsprechende Vereinbarungen wurden mit dem ausgewählten Anbieter geschlossen. Verhandlungen mit Hotels und Reisebüros wurden geführt, um die Gäste adäquat unterbringen zu können. Ebenso wurde die Internetseite www.whi-berlin.eu mit dem Logo der Stiftung Mercator versehen und darauf abgestellt.

Die nötigen Reservierungen von entsprechenden Vortragsräumen wurden semesterweise im Voraus vorgenommen (Senatssaal und Auditorium Maximum). Zeitgerecht zu jeder Veranstaltung wurden Einladungen und die Ablaufplanung erstellt sowie der elektronische Einladungsversand vorgenommen. Die Raumausstattung für den jeweiligen Saal wurde festgelegt mit entsprechender Ausschmückung und den technischen Anforderungen. Zur Klärung der Sicherheitsleistungen und für die Orientierung erfolgten Begehungen durch Botschaftssekretäre oder/und Sicherheitsdienste (LKA, BKA, Auswärtige Amt usw.). Bei jeder Veranstaltung waren studentische Mitarbeiter behilflich, um für den Einlass der Gäste zu sorgen und den Gästen die Mikrofone während der Diskussion zu reichen. Zur Nachbereitung jeder Veranstaltung gehörte die Veröffentlichung der Redetexte, Bilder und Videoaufzeichnung auf unserer Website sowie auf Youtube. Die ständige Aktualisierung und Pflege der Website, Adressen sowie die Pflege der Youtube-Seiten wurde sichergestellt. Die Zusammenarbeit mit den zentralen Stellen der Humboldt-Universität zu Berlin in den erforderlichen Bereichen war hervorragend. Die Nachbereitung durch ein entsprechendes Abendessen mit ausgewählten Gästen und der Möglichkeit einer persönlichen Begegnung sowie eines persönlichen Gedankenaustausches wurde häufig durch die Stiftung Mercator, in einem Fall auch durch die spanische Botschaft und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, ermöglicht; ein spezielles Bewirtungsbudget gab es nicht.

Mit der Neuberufung von Prof. Dr. Matthias Ruffert zum 1. April 2016 wechselte die Projektleitung, wobei bereits geplante Veranstaltungen im Sommersemester 2016 noch von Prof. Dr. Dres. h.c. Ingolf Pernice durchgeführt und geleitet wurden.

Für die gesamte Organisation und Kooperation der Veranstaltungen HRE und FCE war Frau Gabriele Müller zuständig, die ihre Aufgabe mit außergewöhnlichem Engagement und mit sehr großem Erfolg durchführte. Ihr zur Seite stand Frau Elena Kullak, die nach entsprechender Einarbeitung Frau Müller in allen Belangen sehr engagiert und äußerst tatkräftig unterstützte.

3. Die einzelnen Reden: Forum Constitutionis Europae

Michael Roth (14. Oktober 2014)

Michael Roth, amtierender Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, sprach am 14. Oktober 2014 zum Thema „Aus der Krise lernen: Perspektiven einer Reform der Europäischen Union“. Die Rede fand im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Als erfahrener Außenpolitiker eröffnete Roth die Redereihe im Wintersemester.

In seiner Rede nahm er es sich zum erklärten Ziel, Begeisterung für Europa im Publikum zu wecken. Anknüpfend an seine eigenen Erinnerungen in der Jugend zu Zeiten der Wende erinnerte er an die Vision, welche zur Gründung der Europäischen Union geführt hat. Michael Roth warb für die Fortentwicklung der europäischen Integration im Sinne einer verbindlichen wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Zusammenarbeit. Während er konkret ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsverfahren oder die Schaffung einer Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion für die Politik formulierte, rief er auch den Einzelnen im Publikum auf, für die gemeinsamen europäischen Werte einzutreten. Die anschließende Diskussion griff einzelne Aspekte wieder auf und konzentrierte sich insbesondere auf antieuropäische populistische Tendenzen in einzelnen Mitgliedstaaten.



Vollständige Rede:

https://www.youtube.com/watch?v=DkmlLdbQ_Lo



Karel de Gucht
(11. November 2014)

Am 11. November 2014 sprach der ehemalige Kommissar für Handel der EU-Kommission Karel de Gucht zum Thema „Demokratie, Gleichheit und Investitionsschutz in der europäischen Handelspolitik“. Angesichts der Debatte zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA fand sich ein interessiertes Publikum zu der Veranstaltung im Senatssaal ein. Der von 2010 bis 2014 amtierende Kommissar für Handel hatte die TTIP-Verhandlungen maßgeblich vorangetrieben und konnte so einen guten Einblick bieten.

De Gucht konzentrierte sich in seinem Vortrag auf drei wesentliche Komplexe: Zunächst stellte er das Spannungsfeld zwischen Investitionsschutz und Demokratie sowie die Bedeutung des Grundsatzes der Gleichheit und der Rechtsstaatlichkeit dar. Sodann ging er auf beide Kritikpunkte ein und skizzierte eine politische Antwort. So beschrieb er, dass aufgrund der Bindung des Gesetzgebers an die Verfassung und das Völkerrecht sowie der bestehenden Budgethoheit ein Konflikt mit der Demokratie nicht ersichtlich sei und dass die eingeräumten Klagerechte nach dem völkerrechtlichen Grundsatz der Reziprozität keinen Verstoß gegen Gleichheitsrechte darstellen. Als politische Antwort versteht er die Fortsetzung der Verhandlungen, welche aus seiner Sicht eine vielversprechende Alternative zu bilateralen Investitionsschutzverträgen darstellen.

Während der anschließenden Diskussion wurden einzelne Bedenken gegen die Freihandelsabkommen sehr konstruktiv diskutiert.



Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=Wn81CF4Pqzk>





Koen Lenaerts (24. November 2014)

Prof. Dr. Koen Lenaerts hielt am 24. November 2014 eine Rede zum Thema „Kooperation und Spannung im Verhältnis von EuGH und nationalen Verfassungsgerichten“.

Als Vizepräsident des Gerichtshofs der Europäischen Union konnte er zu diesem Thema von praktischen Erfahrungen berichten. Die Veranstaltung im Audimax war sehr gut besucht.



In seiner Rede skizzierte er die Rolle des Richters in den verschiedenen Gerichten der Europäischen Union als Verfassungsverbund und nahm zu relevanten Fragen wie dem Letztentscheidungsrecht im Mehrebenensystem der Europäischen Union Stellung. Dabei differenzierte er zwischen der prozessualen Ebene und dem materiellen europäischen Recht. In prozessualer Hinsicht stufte er das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV unter der Nennung von Beispielen als Mechanismus der Kooperation ein, während er in materieller Hinsicht auf den Vorrang des Unionsrechts sowie die Ansichten der jeweiligen Gerichte bei der Beanspruchung von Letztentscheidungskompetenzen einging. Prof. Lenaerts warb für die Etablierung eines kooperativen Verhältnisses zwischen den Gerichten im Wege des Dialogs und erläuterte dies anhand von zwei Beispielen im Bereich des Grundrechtsschutzes. Insoweit stellte er dar, wie der EuGH für ein pluralistisches System eintritt und Wertevielfalt im Rahmen der Verfassungsidentität der Mitgliedstaaten nach Art. 4 Abs. 2 EUV unterstützt. Ein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen den Gerichten lehnte er im Ergebnis ab; vielmehr sehe er eine angemessene Verantwortungsteilung und Zuordnung in dem Mehrebenenverbund als Ziel der Debatte.

Der Beitrag wurde zu einem späteren Zeitpunkt in der Zeitschrift *Europarecht* unter dem gleichnamigen Titel veröffentlicht und fand viel Interesse.

Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=A6QAeX8izCQ>



Robert Menasse

(20. Januar 2015)

Dr. Robert Menasse leitete das neue Jahr der FCE-Reden ein mit einer Rede zum Thema „Die Europäische Union – Das Ende des Nationalstaats?“. Der österreichische Schriftsteller und Essayist, dessen Essay „Der Europäische Landbote“ über die Europäischen Institutionen und die europäische Bürokratie von 2012 viel Beachtung gefunden hat, sprach im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin.

In seiner Rede adressierte Dr. Menasse die Krise, sowohl aus europäischer als auch auf humoristische Weise aus persönlicher Perspektive. Er rief zur Diskussion über Lösungswege auf und beschrieb nationalistische Tendenzen zur Lösung der Krise als antieuropäisch. Stattdessen setzt er in der Behandlung der Krise auf Lösungsansätze auf europäischer Ebene mithilfe der rein europäischen Institutionen. Anknüpfend an einen Rückblick in die Geschichte der Europäischen Union erkannte er einen Widerspruch zwischen den Ergebnissen der bisher erfolgten supranationalen, so genannten nachnationalen Entwicklung und den Renationalisierungstendenzen. Er plädierte dafür, den Widerspruch aufzubrechen hin zu einer Entwicklung eines neuen europäischen transnationalen Demokratie-modells. Die Diskussion wurde anschließend sehr lebendig zu den vorherrschenden Entwicklungstendenzen geführt.



Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=bK3qwicdffc>







Íñigo Méndez de Vigo y Montojo (3. Februar 2015)

Der Staatssekretär für EU-Angelegenheiten in Spanien, Íñigo Méndez de Vigo y Montojo, sprach am 3. Februar 2015 zum Thema „Europa nach der Krise: Welche Zukunft erwartet die Europäische Union?“. Der Politiker Méndez de Vigo hat als Mitglied des Europäischen Parlaments sowie im ersten und zweiten Europäischen Konvent maßgeblich an der Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union mitgewirkt und konnte das Thema vor diesem praktischen Hintergrund sehr gut beleuchten. Die Veranstaltung fand im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin statt.



Während der Rede bezog Méndez de Vigo sich auf die bekannte Rede des ehemaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer zur Lage und Zukunftsperspektive der Europäischen Union und zeichnete die Entwicklungen der Jahre nach. Die Wahrnehmung der Europäischen Union in der Öffentlichkeit beschrieb er als zu negativ und rief die Politik dazu auf, Aufklärungsarbeit zu leisten. Das Vertrauen in die Europäische Union

könne dadurch wiederhergestellt werden, positiv zu bleiben, da die Eurokrise überstanden sei, die Europawahl institutionelle Stabilität geschaffen und die Rolle der Europäischen Kommission sich gefestigt habe. Die Europäische Union müsse sich in Zukunft auf die Schaffung von Beschäftigung und sozialem Wohlstand, die Energieunion, die Sicherheit und Freiheit der Unionsbürger sowie die Konsolidierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren. Zuletzt hielt er ein Plädoyer für die Fortentwicklung der Europäischen Union und ihrer Durchsetzungskraft auf der Weltbühne auf der Grundlage der gemeinsamen Werte.

Vollständige Rede:

https://www.youtube.com/watch?v=_SUBjWrNLu8





Pierre Moscovici (16. März 2015)

Pierre Moscovici, Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zollunion, sprach am 16. März 2015 zum Thema „Economic and political challenges for Europe“ im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin. Der französische Politiker hatte vor seiner Zeit als Kommissar als Abgeordneter im Europaparlament und als Minister für Europaangelegenheiten viel Erfahrung in der Politik auf europäischer Ebene gesammelt.



In seiner Rede zeigte Moscovici die aktuelle Situation auf, welche in seinen Augen maßgeblich von der Finanzkrise geprägt ist, welche durch untragbare Summen von Schulden sowie dem weltweiten Konjunkturabschwung hervorgerufen wurde. Obwohl er die bisher getroffenen Maßnahmen für den Beginn der Genesung verantwortlich machte, erläuterte er ein Paradox zur aktuellen politischen Lage der Europäischen Union. Unter sowohl externen als auch internen Druck geraten, sei zwar mehr Handlungsbedarf für die Europäische Union entstanden, allerdings sei gleichzeitig die Bereitschaft für ebene Handlungen auf politischer Bühne gesunken. Moscovici forderte Entschlossenheit und Vertrauen und kündigte eine Agenda an, welche Investitionen nach dem Investitionsplan von Präsident Juncker, Reformen sowie verantwortungsvolle Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten vorsieht. In der langfristigen Perspektive erhoffte er sich für die Europäische Union eine Erweiterung des Binnenmarkts sowie eine Vertiefung der Währungsunion.

Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=vhRyd5ddgY8>.



Baroness Smith of Newnham

(10. Juni 2015)

Dr. Julie Elizabeth Smith, The Baroness Smith of Newnham, sprach am 10. Juni 2015 zum Thema „The United Kingdom in the Wake of Elections: EU Membership at Stake“ im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin. Als britische Politologin, Direktorin des European Centre at the POLIS Department, Cambridge University und liberaldemokratisches Mitglied des House of Lords hatte sie den Vorschlag aufgegriffen, in persönlicher Eigenschaft die britische Perspektive zu einem Austritt aus der Europäischen Union zu erläutern.



Dr. the Baroness Smith of Newnham erläuterte die Ergebnisse der Wahlen in Großbritannien im Mai 2015 und die damit einhergehende Notwendigkeit in Form von politischem Druck, ein Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zu organisieren. Sie erklärte die Haltung vieler Briten zur Europäischen Union, welche weniger von idealistischen als vielmehr von ökonomischen Motiven gezeichnet ist. Die Gefahr eines Austritts aus der Europäischen Union schätzte sie als real ein angesichts des Wunsches

nach Souveränität und schilderte Camerons Aufgabe auf nationaler und europäischer Ebene. Den europäischen Staatsoberhäuptern riet sie, die Verhandlungen ernst zu nehmen und auf Camerons Forderungen einzugehen, um ihm die Möglichkeit zu eröffnen, auf nationaler Ebene mit einer vielversprechenden Neuverhandlung der Konditionen das Referendum für sich zu entscheiden.

Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=vQYbE9FDXdk&feature=youtu.be>.



Jan Philipp Albrecht (28. April 2016)

Am 28. April 2016 sprach Jan Philipp Albrecht zum Thema „Meine Daten – Meine Wahl! Was bringt uns die Europäische Datenschutzreform?“ im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) in konstruktiver Zusammenarbeit organisiert.

Jan Philipp Albrecht ist Mitglied des Europäischen Parlaments in der Grünen Fraktion und

ehemaliger Mitarbeiter am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht. Er war maßgeblich beteiligt am politischen Entstehungsprozess der Datenschutzreform auf europäischer Ebene. Diese Beteiligung wurde in der Filmvorführung der Dokumentation „Democracy. Im Rausch der Daten“ gezeigt, welche den Vortrag einleitete. In einem kurzen Impulsvortrag berichtete Albrecht über die Entstehungsgeschichte der Datenschutz-Grundverordnung. Den



Snowden-Enthüllungen sprach er entscheidende Bedeutung für den Erfolg der Gesetzgebungsinitiative zu. Er berichtete außerdem über die Arbeit am Dokumentarfilm, der mittlerweile für den Deutschen Filmpreis nominiert wurde.

Das anschließende Interview wurde von Herrn Armin Himmelrath, Germanist und Sachbuchautor, geführt. Die öffentliche Diskussion kreiste um die Rolle der verschiedenen europäischen Institutionen innerhalb des Gesetzgebungsprozesses und um die Durchsetzbarkeit der Datenschutz-Grundverordnung auf internationaler Ebene sowie um das Verhältnis des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung zu der neuen Gesetzgebung.

Vollständige Rede:

https://www.youtube.com/-watch?v=YAF_RVD2IDU





#

Lubomír Zaorálek (14. Juni 2016)

Lubomír Zaorálek, amtierender Außenminister der Tschechischen Republik, sprach am 14. Juni 2016 im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Forum Constitutionis Europae. Seine Rede hatte den Titel „German Strength and Europe’s Weakness: Overcoming the Paradox“.

Gerade dieses Paradoxon zwischen deutscher Stärke und Europas Schwäche beschrieb er zum Auftakt seiner Rede, welche mit Erinnerungen an seine langjährige Verbindung zu Deutschland begann. In seinen Augen haben die anstehenden Aufgaben, begonnen von der Flüchtlingskrise bis hin zu dem Aufstieg populistischer Parteien und dem Rückgang der Bedeutung auf weltpolitischer Bühne, zu einer Erosion von Vertrauen in die Europäische Union geführt. Diese Aufgaben beschrieb er als unlösbar ohne Deutschland und rief Deutschland



auf, Stärke anzunehmen und zu zeigen – unter bestimmten Bedingungen: Deutschland müsse seine Nachbarn und Partner konsultieren, gleichzeitig die Unabhängigkeit der Gemeinschaftsorgane stärken sowie seine Führungsrolle durch den Aufbau von Konsens übernehmen. In diesem Sinne schlug er als Auflösung des Paradoxons die stärkere Partnerschaft zu seinen Nachbarn, insbesondere der Tschechischen Republik, vor. Als Beispiel führte er die Einführung von Quoten zur Aufnahme von Flüchtlingen an. Für den politi-

schen Dialog sah er eine Fokussierung auf das Wesentliche, die Akzeptanz der Meinungsverschiedenheiten sowie die Anerkennung der Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten vor. Die Tschechische Republik bot er dabei als natürlichen strategischen Partner Deutschlands mit stabilen demokratischen Institutionen sowie einem starken Bekenntnis zur Europäischen Union an.

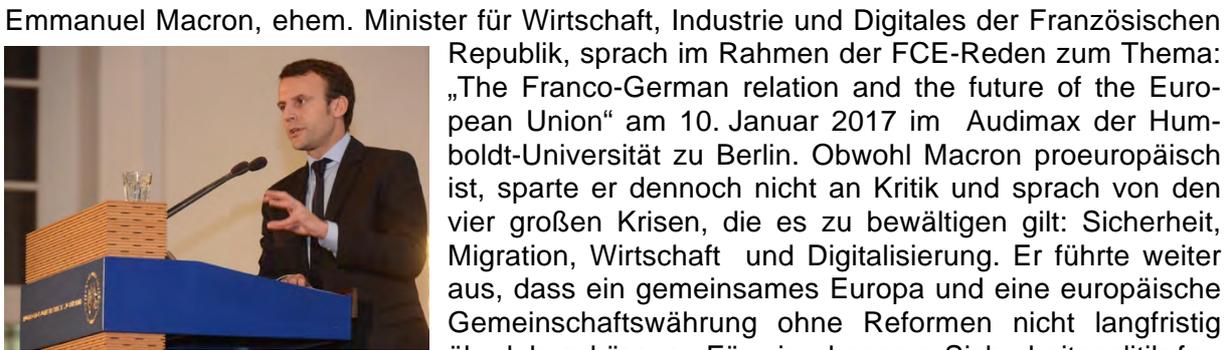
Vollständige Rede:

https://www.youtube.com/watch?v=NveZ_dR1zAU&-list=PLMZeVM8yCP1sCwfjN8WCIWalrEND2DosY&index=10





Emmanuel Macron (10. Januar 2017)



Emmanuel Macron, ehem. Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales der Französischen Republik, sprach im Rahmen der FCE-Reden zum Thema: „The Franco-German relation and the future of the European Union“ am 10. Januar 2017 im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin. Obwohl Macron proeuropäisch ist, sparte er dennoch nicht an Kritik und sprach von den vier großen Krisen, die es zu bewältigen gilt: Sicherheit, Migration, Wirtschaft und Digitalisierung. Er führte weiter aus, dass ein gemeinsames Europa und eine europäische Gemeinschaftswährung ohne Reformen nicht langfristig überleben können. Für eine bessere Sicherheitspolitik forderte er die Sicherung der Außengrenzen der EU und nicht die der Nationalstaaten. Eine neue Asylpolitik solle Entlastungen für Griechenland und Italien bringen, wobei eine Weiterentwicklung des Dublin-Abkommens erforderlich sei.

Europa solle auch einen gemeinsamen digitalen Markt haben, um mit der weltweiten Entwicklung Schritt zu halten. Macron forderte in seiner Rede Deutschland auf, mit Frankreich gemeinsam die europäische Vision notfalls im Alleingang am Leben zu erhalten, da es seit einiger Zeit mehr Blockaden als Reformen in Europa gäbe. Der neue Präsidentschaftskandidat will ein engeres Zusammenwachsen Europas als bisher, was er für die Wirtschaft, die europäischen Werte und den Frieden in Europa als unerlässlich sieht.

In einem Vorab-Meeting, an dem auch Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit teilnahmen, gab Macron einem kleinen Teilnehmerkreis die Möglichkeit, über verschiedene aktuelle Themen bis hin zu erneuerbaren Energien zu sprechen.

Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=4Kxrd8gQbbE>







4. Die einzelnen Reden: Humboldt-Reden zu Europa

José Manuel Durão Barroso

(9. Mai 2014)

José Manuel Durão Barroso hielt die erste Humboldt-Rede zu Europa im Jahr 2014 in seiner Funktion als damaliger Präsident der Europäischen Kommission. Er sprach im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „Betrachtungen zur aktuellen Situation und zur Zukunft der Europäischen Union“ („United, open and stronger – a contribution to the future of the European Union“).

Die Rede nahm Barroso zum Anlass, auf seine fast zehnjährige Amtszeit zurückzublicken und Zukunftsperspektiven der Europäischen Union zu beleuchten. Die Geschichte der Europäischen Union sah er unterteilt in drei Phasen; zunächst die wirtschaftliche Integration sowie die französisch-deutsche Aussöhnung zur Erlangung von Frieden und Wohlstand, sodann die Ausweitung der offenen Märkte und der offenen Gesellschaft auf ein vergrößertes, wiedervereinigtes Europa und zuletzt die Anpassung an eine multipolare globalisierte Welt mitsamt der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ziel dieser letzten noch andauernden Phase solle es sein, Macht und Einfluss zum Zwecke von Frieden und Stabilität zu gewinnen und zu sichern. Zur Stabilisierung der Europäischen Union sei es zudem erforderlich, die Governance-Lücke auf nationaler Ebene, die Legitimationslücke auf europäischer Ebene sowie die Erwartungslücke auf persönlicher Ebene zu schließen. Dabei zeigte er gleichsam die Schwierigkeiten auf, die aus politischen und institutionellen Strukturen auf europäischer Ebene erwachsen. Barroso plädierte dafür, die „Sache der Politik“ anstelle des „Rahmens für Entscheidungen“ zu adressieren und stellte verschiedene Grundsätze zur Erreichung dieser Ziele auf. Von diesen Grundsätzen nannte er die Rückbesinnung auf die Verträge bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union sowie das Bestreben, sich soweit wie möglich in ihrer Gesamtheit mit heute 28 Mitgliedstaaten zu bewegen. Die Politikbereiche, in denen er konkrete institutionelle Verbesserungen für erforderlich hielt und nannte, waren die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion nach dem Konzept der Kommission, effizientere Außenvertretung, Stärkung der gemeinsamen Werte, eine verbesserte Arbeitsteilung in der Rechtssetzung sowie die Notwendigkeit, die politische Union auszubauen. So rief er im Angesicht der bevorstehenden Europawahl zum Glauben an und zu Tatendrang innerhalb der Europäischen Union auf.



Vollständige Rede:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=1088963>.





Bohuslav Sobotka (4. Mai 2015)



Bohuslav Sobotka, Ministerpräsident der Tschechischen Republik, sprach am 4. Mai 2015 zum Thema „Europa am Scheideweg“. Die Rede in tschechischer Sprache, welche simultan von Dolmetschern übersetzt wurde, erreichte ein breites Publikum im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin.

In seiner Rede stellte er die anstehenden Herausforderungen für die Europäische Union aus Sicht der Tschechischen Republik dar. Er warnte davor, die vielen Errungenschaften der Europäischen Union als Selbstverständlichkeit anzusehen und nannte den Konflikt auf der Krim, den potenziellen „Brexit“ sowie die Griechenlandkrise als anstehende Aufgaben, die zu lösen es nun gelte. Die Tschechische Republik und Deutschland seien Partner bei diesen Aufgaben und könnten immer stärker zusammenarbeiten. So sehe er momentan Nichtregierungsorganisationen sowie Kirchen als das Fundament Europas. Seine Zukunftsvision sei es, dass die Europäische Union

bald alle Europäer verbinde. Sobotka beurteilte abschließend den Zusammenschluss als Europäische Union im Vergleich zu den einzelnen Mitgliedstaaten als die einzig richtige Möglichkeit, auf der Weltbühne Bestand zu haben. Aus diesem Grund rief er dazu auf, diese Chance zu nutzen.

Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=i7IPYZplzJQ>.





Matteo Renzi (1. Juli 2015)

Der Ministerpräsident der Italienischen Republik sprach am 1. Juli 2015 zur Berliner Öffentlichkeit zum Thema „Europe: Back to the Future“. Die Rede sowie die anschließende Diskussion fanden im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Renzi hielt die Rede auf italienischer Sprache, welche von Dolmetschern simultan übersetzt wurde.

Renzi erinnerte in seiner Rede an den Berliner Mauerfall und an Berlins Symbolkraft für den Zusammenhalt Europas seit diesem historischen Ereignis. Er brachte tagespolitische Entwicklungen ins Spiel, indem er von den Vorbereitungen zum G7-Gipfel sprach und von seiner Entscheidung, diesen in seiner Heimatstadt Florenz zu veranstalten. Renzi rief das Publikum dazu auf, keine Angst vor der Zukunft zu haben, sondern mit der europäischen Identität zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Er betonte, dass die europäische Integration nicht zwingend die Aufgabe der nationalen Identität bedeute, sondern lediglich das Gegenteil von Zerfall. Die Entdeckung der Europäischen Identität wies er als Aufgabe der neuen Generation politischer Staatsoberhäupter zu, welche sich gegen den Populismus wenden und Realität und Ideal in Einklang bringen müsse. Mit dieser Aufgabe der neuen Generation heiße es für ihn, und damit schlägt er den Bogen zurück zum Titel der Rede, „zurück in die Zukunft“. In diesen Tagen der Krise zeigte er die Reformanstrengungen Italiens auf und plädierte für solidarische Hilfe für Griechenland als die Wiege der Demokratie.

Renzi nannte zwei Anliegen, welche dringend gelöst werden müssten: Einerseits die Wirtschafts- und Finanzkrise, auf welche mit Investitionen wie einem allgemeinen Budget der Eurozone geantwortet werden müsse, sowie der Ukraine-Konflikt mit Russland, welcher mit Russland als Partner und größtem Nachbarn Europas gelöst werden müsse; und andererseits die Flüchtlingskrise und der Umgang mit dem Recht auf politisches Asyl innerhalb Europas. Zum Abschluss seiner Rede erinnerte er an die politische Vision Europas und appellierte an die verantwortliche Generation, Europa wiederherzustellen.



Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=1eCZ1IXDEpU&feature=youtu.be>.







Valdis Dombrovskis (21. September 2015)

Valdis Dombrovskis, Vize-Präsident der Europäischen Kommission und Kommissar für den Euro und den sozialen Dialog, sprach am 21. September 2015 im Senatssaal im Rahmen der Humboldt-Reden zu Europa. Dombrovskis, welcher von 2009 bis 2013 amtierender Ministerpräsident von Lettland war, wählte das Thema „The Euro and the Future of Europe“.

Dombrovskis begann seinen Vortrag mit seinen eigenen Erinnerungen an den Fall der Berliner Mauer und die Auflösung der Sowjetunion, welche für sein Heimatland Lettland die Erlangung der Unabhängigkeit und eine Hinwendung zur Europäischen Union bedeutete. Er zählte die Verheißungen auf, die zum damaligen Zeitpunkt der Europäischen Union zugesprochen wurden, zu denen wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand, Sicherheit von auswärtigen Bedrohungen und Aggression, Menschenrechte als fundamentale Basis des Wohlbefindens des Volkes sowie Frieden gehören. Diese Punkte griff er nacheinander auf und pries die Errungenschaften, welche die Europäische Union in den vergangenen 25 Jahren erreicht hat. Gleichwohl benannte er die weiterhin bestehenden Herausforderungen, wie die Annexion der Krim durch Russland sowie die Finanzkrise, und entwickelte konkrete Lösungsvorschläge, welche von Wirtschaftsreformen unter europäischer Aufsicht und bis hin zu Investitionsplänen reichen. Die Rede schloss er mit einem Zitat von Wilhelm von Humboldt; es sei notwendig, einen Versuch zu wagen, „die Grenzen des Staates zu bestimmen“. Dombrovskis zog Parallelen zur Europäischen Union; es sei erforderlich, herauszufinden, wie weit die Kompetenzen der Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Union selbst gehen und darüber einen Konsens zu erreichen.



Vollständige Rede:

https://www.youtube.com/watch?v=qAgn2u_6l4c.





Andreas Voßkuhle
(22. Oktober 2015)

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sprach am 22. Oktober 2015 zum Thema „Integration durch Recht – Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts“. Die Rede fand statt im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin.



Prof. Voßkuhle erinnerte zu Beginn seines Vortrags an die Zentrifugalkräfte auf europäischer sowie nationaler Ebene, welche den Fortschritt der Europäischen Integration hemmen. Er rief die Errungenschaften der Europäischen Integration in Erinnerung, zu denen seines Erachtens vor allem die funktionierende europäische Rechtsgemeinschaft gehört. In seinem Vortrag stellte er einerseits zehn Verrechtlichungsimpulse in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts dar, um andererseits auf die Grenzen der Idee der Rechtsgemeinschaft einzugehen. Als solche Verrechtlichungsimpulse nannte er die Öffnung der Verfassung für die Integration und rechtliche Anleitung des Integrationsprozesses, die Absicherung der Rechtsfortbildung des EuGH, die Durchsetzung der Vorlageverpflichtung zum EuGH, die Anstöße zur Entwicklung des Grundrechtsschutzes, die Sicherung der Einhaltung des Integrationsprogramms, der Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit, das Konzept der Integrationsverantwortung, die Stärkung der parlamentarischen Rückanbindung von europapolitischen Entscheidungsprozessen, die Vorwirkungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie den rechtsrealistischen Blick. Diese Verrechtlichungsimpulse illustrierte er mit Beispielen. Als Grenzen dieser Rechtsgemeinschaft nannte Prof. Voßkuhle wiederum das Unvermögen des Rechts, zu den eigentlichen Ursachen der Krise vorzudringen, sowie die starren Schemata des Rechts im Sinne einer „binären Codierung“. Gleichwohl relativierte er diese Nachteile, indem er darstellte, dass diese resultierende Distanz zu persönlichen und politischen Konflikten auch eine spezifische Stärke des Rechts sei und eine Politisierung von Streitfällen verhindere. So schloss er sich in seinem Schlusswort Thomas Oppermann an und nannte die „Rule of Law“ für die Verwirklichung der europäischen Idee unentbehrlich.

Vollständige Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=E08XbqP8hxI&feature=youtu.be>







Mario Monti (25. Mai 2016)

Mario Monti, ehemaliger Ministerpräsident der Italienischen Republik, hielt am 25. Mai 2016 eine Rede zum Thema „Democracy, Integration and the European Union“. Monti, der während seiner Amtszeit dem Beginn der Finanzkrise gegenüberstand und mittlerweile Senator auf Lebenszeit der Italienischen Republik ist, sprach im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Veranstaltung mit ihrem besonderen Format stand im Zeichen des „Manifesto di Ventotene“, mit dem Altiero Spinelli vor 75 Jahren als politischer Gefangener des italienischen Faschismus aus seinem Gefängnis heraus sehr eindrücklich für Frieden durch ein vereintes Europa geworben hat.

Nach einer Begrüßung durch die neue Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, sprach Monti zu einem breiten Publikum. Er lobte zunächst die Errungenschaften der Europäischen Union von der Demokratie bis hin zur europäischen Integration. Für die Zukunft fragte er nach der Richtung der Europäischen Integration, welche aus seiner Sicht weiterhin einen Krieg innerhalb der Europäischen Union verhindert. So nahm er Stellung zu ökonomischen und politischen Aspekten: Einerseits sollten Schulduweisungen an Deutschland zum Schluss der Währungsunion unterbleiben, aber gleichzeitig sei die Kultur der anderen Mitgliedstaaten zu respektieren. Dabei rief er Deutschland dazu auf, die Restrukturierung des Two-Packs und Six-Packs sowie den Growth-Pakt weiter voranzutreiben und blickte zurück auf die Erfolge Italiens bei den Reformbemühungen. Andererseits verwies er auf das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission und deckte demokratische Defizite auf. Er wünschte sich zum Abschluss seines Vortrags eine wirtschaftliche Führung, die fortwährende Haushaltsdisziplin einfordert, während er gleichzeitig eine Verbesserung der demokratischen Strukturen der Europäischen Union für erforderlich hielt.



Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion statt unter Moderation von Prof. Dr. Dres. h.c. Ingolf Pernice mit Mario Monti, Virgilio Dastoli (European Movement Italy, ehem. langjähriger Assistent von Altiero Spinelli), Sylvie Goulard (Mitglied des Europäischen Parlaments MEP) sowie Prof. Mark Dawson, PhD (Hertie School of Governance). Die Diskussion drehte sich um die demokratische Legitimität der Bekämpfung der Finanzkrise, die Rolle des Rechts so-



wie die Sonderstellung Großbritanniens innerhalb der Europäischen Union, im Lichte eines möglichen „Brexit“.

Den Abschluss markierte die Filmvorführung des Spielfilms „Un Mondo Nuovo“ in Erinnerung an Altiero Spinelli als Vordenker der europäischen Integration.

Vollständige Rede (mit Podiumsdiskussion):
<https://www.youtube.com/watch?v=Km10P2CDuAg>







Prokopis Pavlopoulos (kurzfristig abgesagt)

Prokopis Pavlopoulos, Staatspräsident der Hellenischen Republik, hatte für den 7. Juli 2015 zugesagt und plante, zum Thema „Die Finanzkrise und die demokratischen Institutionen“ zu sprechen. Die entsprechenden Vorbereitungen waren getroffen. Unglücklicherweise musste er den Termin aufgrund einer politischen Krise in Griechenland, angestoßen von der Finanzkrise, absagen. Ein weiterer Termin kam bedauerlicherweise nicht zustande, was auf die politischen Turbulenzen in Griechenland zurückzuführen ist.

5. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Für die **Bewerbung** unserer Veranstaltungen wurden die Internetseiten des WHI, die Fakultätsseiten der Juristischen Fakultät und die Seiten der Humboldt-Universität zu Berlin genutzt, einschließlich der jeweiligen Auftritte in den sozialen Medien. Unterstützend dazu wurden Einladungstexte an ca. 5.000 E-Mail-Adressen versandt und Plakate mit den entsprechenden Logos und dem Hinweis auf die Stiftung Mercator als Kooperationspartner erstellt.

Beispiel Einladung/Plakat

The poster is titled "Humboldt-Reden zu Europa" in large black font. Below the title, there are logos for the European Commission (with the text "Vertretung in Deutschland"), the Mercator Foundation (with the text "Deutsche Post DHL Group"), and the Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (with the Humboldt University logo). The main text in blue font reads: "Andreas Voßkuhle", "Präsident des Bundesverfassungsgerichts", "spricht zum Thema:", and the title of the lecture: "„Integration durch Recht – Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts“". The date and time are "Am Donnerstag, 22.10.2015 um 18.00 Uhr im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin". At the bottom, contact information for the Walter Hallstein-Institut is provided, including the name Gabriele Müller, a phone number, and an email address. A note states that the event is closed.

Humboldt-Reden zu Europa

Vertretung in Deutschland

STIFTUNG MERCATOR
Deutsche Post DHL Group

Walter Hallstein-Institut
für Europäisches Verfassungsrecht

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
ZU BERLIN

Andreas Voßkuhle

Präsident des Bundesverfassungsgerichts

spricht zum Thema:

„Integration durch Recht – Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts“

Am Donnerstag, **22.10.2015**
um **18.00 Uhr** im **Auditorium Maximum** der
Humboldt-Universität zu Berlin

Informationen:
Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht,
Gabriele Müller, Tel. 030-2093-3380 oder fce@whi-berlin.de
Bitte beachten Sie, dass es sich um eine **geschlossene Veranstaltung** handelt.

Während der Veranstaltungen selbst wurde eine Wandprojektion gezeigt, die auf die Stiftung Mercator hinweist. Während des Livestreams wurden das Logo der Stiftung Mercator und das des WHI durchweg eingeblendet. Ebenso war der öffentliche Dank für die Förderung der Stiftung Mercator während der Veranstaltung sehr gern verpflichtend. Des Weiteren werden wir mit den Fotos der Veranstaltungen und den Videos auch über Youtube.

Beispiel Wandprojektion

Humboldt-Reden zu Europa

Europäische Kommission
Vertretung in Deutschland

STIFTUNG MERCATOR

Deutsche Post DHL Group

Walter Hallstein-Institut
für Europäisches Verfassungsrecht

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
ZU BERLIN

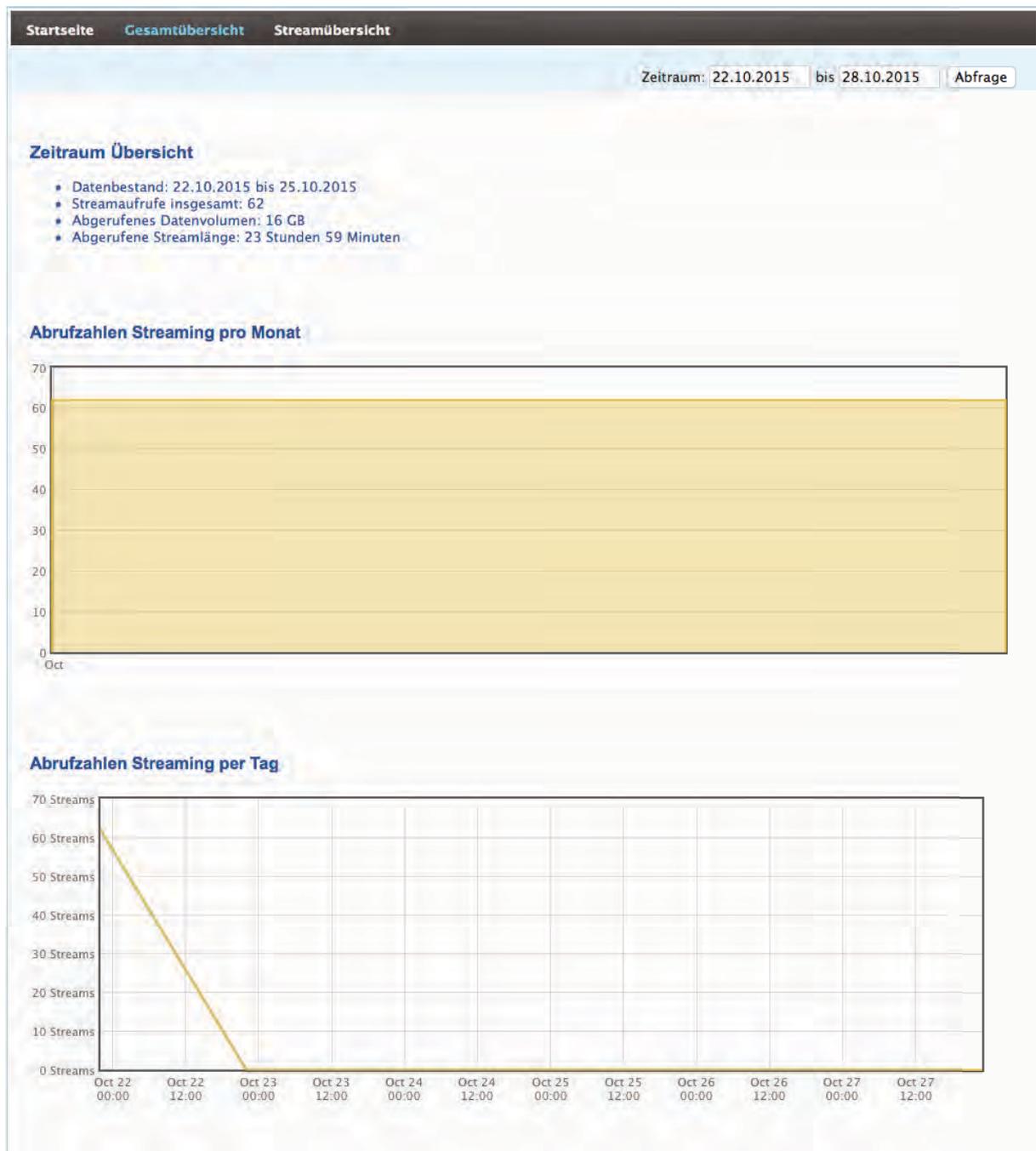
Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts

spricht zum Thema:

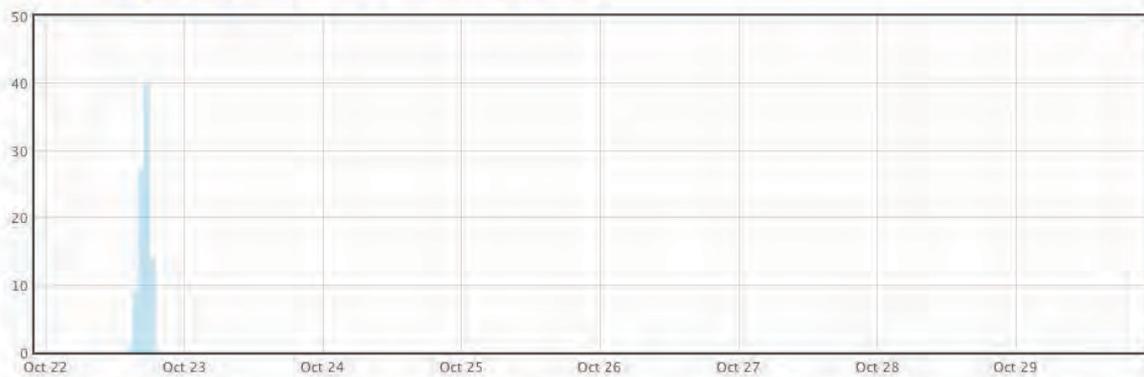
**„Integration durch Recht – Der Beitrag
des Bundesverfassungsgerichts“**

Das universitätseigene Filmteam filmt die FCE-Veranstaltungen live. Jede Veranstaltung wird per Livestream weltweit übertragen. Der Hintergrund zeigt jeweils die Wandprojektion während der Reden.

Beispiel Statistik Livestreaming



Abrufzahlen: gleichzeitige Zuschauer in Zeitabschnitt (Stunde)



Verteilung der Streamzugriffe (IP Geotagging)

- 98.7 % Europa
- 0.7 % Nord Amerika
- 0.5 % Asien
- 0 % Süd Amerika
- 0 % Australien
- 0.1 % Afrika
- 0 % Antarktis

Anteil der Streamzugriffe innerhalb Europa

- 88.2 % Deutschland
- 0.2 % Österreich
- 0.8 % Schweiz
- 0 % Niederlande
- 0.1 % Belgien
- 1.4 % Luxemburg
- 1.3 % Frankreich
- 2 % Italien
- 0.1 % Spanien
- 0 % Irland
- 1 % Großbritannien (co.uk)
- 0 % Portugal
- 0.4 % Polen
- 0.5 % Griechenland
- 0.1 % Bulgarien
- 0 % Dänemark
- 0 % Ukraine
- 0 % Liechtenstein
- 0 % Island
- 0 % Monaco
- 0 % Moldavien
- 0 % Mazedonien
- 0 % Rumänien
- 0 % Schweden
- 0 % Slowenien
- 0 % Slowakei
- 0 % Finnland
- 0.2 % Ungarn
- 0 % Weißrußland
- 0.9 % Tschechische Republik
- 0 % Vatikan
- 0 % Norwegen
- 0 % Serbien
- 0 % Estland
- 0.2 % Bosnien-Herzegowina
- 0 % Albanien
- 0 % Litauen
- 0 % Malta
- 0 % Kroatien

Nach jeder Rede erhielt die Stiftung Mercator jeweils eine Video-DVD des WHI und eine Foto-CD der Fotografin. Die Videos werden auf Youtube ins Netz gestellt, so dass sie weltweit zu jeder Zeit gesehen werden können. Durch das Archiv auf der Website des WHI sind – jeweils mit einem Foto des Redners – Video und Redemanuskript dauerhaft zugänglich.

6. Erreichung des Projektzieles

Das Forum Constitutionis Europae hat die Erwartungen, einen herausgehobenen Beitrag in den Debatten zu europarechtlichen wie auch europapolitischen Themen leisten zu können, in vollem Umfang erfüllt. Das Interesse an den Veranstaltungen war sehr groß und jeweils mit einem positiven Echo verbunden. Die Teilnehmerzahl des Forum Constitutionis Europae belief sich auf jeweils ca. 80 bis ca. 750 Personen (für die Rede von Emmanuel Macron reichten die Plätze im Auditorium Maximum nicht aus), und jeweils ca. 200 bis ca. 700 Personen waren bei den Humboldt-Reden anwesend, wobei die nicht angemeldeten studentischen Teilnehmer in diesen Zahlenangaben nicht berücksichtigt sind.

Der FCE-Rednerreihe ist es in den vergangenen Jahren nachhaltig gelungen, den Diskurs zu europarechtlichen und europapolitischen Fragen anzuregen und zum Teil mitzugestalten. Dies wird belegt durch das dauerhaft ausgeprägte Interesse der Fachwelt, der Bevölkerung und insbesondere der Studentinnen und Studenten, die sich über zentrale europäische Fragen aus erster Hand informieren und zugleich mit den Entscheidungsträgern diskutieren können. Sie konnte damit wieder ihre zentrale Stellung auf internationaler Ebene mit europapolitischen Diskursen unter Beweis stellen und ist inzwischen zu einer bedeutsamen "Institution" nicht nur in Berlin geworden. Dank der Stiftung Mercator kann das Walter Hallstein-Institut hier als wichtige Schnittstelle dienen.

Umso erfreulicher ist es, daß sich eine Fortsetzung der Redereihe abzeichnet. Im Verbund mit der Stiftung Zukunft Berlin und den Internationalen Journalistenprogrammen e.V. hat das Walter Hallstein-Institut die Förderung des Projekts europe.basic – Wir sind Europa! beantragt.

Anhang: Ausgewählte Medienberichterstattung

Radio Praha

PREMIER SOBOTKA RUFT ZUR STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UND ZUR EU-ERWEITERUNG AUF

[Lothar Martin](#) 05-05-2015

Der tschechische Premier Bohuslav Sobotka hat am Montag in Berlin zu einer Stärkung der europäischen Integration auf dem Energiesektor aufgerufen. Sobotka warnte auch vor den Gefahren, die seiner Meinung nach der mögliche Austritt Griechenlands aus der Eurozone für die Zukunft der Europäischen Union haben könnte. In seiner Rede vor geladenen Gästen der **Humboldt-Universität** sprach sich der tschechische Regierungschef ferner dafür aus, dass die EU bezüglich ihrer Erweiterung weiter offen bleibe solle für die Länder des westlichen Balkans und aus Osteuropa.

Mit seiner Rede zum Thema „Europa am Scheideweg“ beendete Sobotka am Montagabend seinen eintägigen Besuch in Deutschland. Zuvor hatte er sich auch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffen. Mit seiner deutschen Amtskollegin sprach er über die Verbesserung der Verkehrswege zwischen Tschechien und Deutschland. Sobotka bestätigte dabei das Interesse seines Landes an einer schnelleren Zugverbindung von Prag nach Berlin. Zudem sprach der Premier mit der Bundeskanzlerin über die tschechischen staatlichen Ölreserven, um deren Herausgabe sich Tschechien seit Monaten bemüht. Der Premier traf in Berlin zudem mit Vertretern deutscher Firmen zusammen, die in Tschechien investieren.



70-Jahre-Gedenken: Heikle Tage für Tschechiens Politik

Diese Woche jährt sich nach und nach die Befreiung tschechischer Städte von dem Besatzungsregime der Nationalsozialisten, bis am 8. Mai dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa gedacht wird. Ein Datum, das den Beginn des Friedens markieren soll, das aber in der wiedererrichteten Tschechoslowakei auch den Auftakt für Revanchismus an der deutschen Bevölkerung mit Mord und Vertreibung aus der gemeinsamen Heimat symbolisiert.

07.05. 2015

Die heutige Tschechische Republik liegt im Spannungsfeld zwischen der Dankbarkeit an die Alliierten - inklusive Sowjets -, der Reflexion des Verhältnisses zwischen Tschechen und Deutschen, und der geopolitischen Situation heute, anno 2015. Befreiung der Stadt Pilsen durch die US-Armee - Gedenken des blutigen Prager Aufstandes in den letzten Kriegstagen - Befreiung Prags - die Terminkalender der tschechischen Staatsspitze sind zurzeit übervoll. Bei seinem Staatsbesuch in Berlin erinnerte **Bohuslav Sobotka** in einer Rede an der **Humboldt-Universität** an die historischen Ereignisse und betonte, dass sich heute, 70 Jahre danach, Europa am Scheideweg befindet. Im Hintergrund der Geschichte sei für die Tschechische Republik das gute Verhältnis mit Deutschland besonders wichtig. Im Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel kamen aber trotzdem vor allem die Themen der Gegenwart, von Wirtschaftsbeziehungen und Verkehrspolitik bis zum aktuellen deutsch-tschechischen "Dieselstreit" zur Sprache. Große Worte oder große Gesten, wie man sie anlässlich des Jubiläums erwarten hätte können, sind ausgeblieben. Nachdem Sobotka zu Merkel gereist ist, steht Milos Zeman umstrittener Besuch in Moskau noch an. Gemeinsam mit dem slowakischen Premier Robert Fico möchte er in Tschecho-slowakischer Einigkeit die sowjetischen Gefallenen ehren und sich bei Russland für die Befreiung aus dem Naziregime bedanken.

Zeman: "Vision EU-Beitritt Russlands"

Ein langes, ausführliches Interview gewährte Staatspräsident Milos Zeman dem russischsprachigen Programm von Radio Prag. Er verteidigte darin erneut seine engen freundschaftlichen Verbindungen mit der russischen Staatsspitze und sein ursprüngliches Vorhaben, der Moskauer Siegesparade beizuwohnen. Es ginge ihm darum, die gefallenen sowjetischen Soldaten zu ehren, die zur Befreiung Europas beigetragen haben. Zeman sieht sich als einen der letzten Verbindungen zwischen der EU und Russland. Der Präsident kritisierte einmal mehr die EU-Sanktionen gegen Russland. Sie seien ein typisches Beispiel keiner "Win-Win-Situation", sondern einer "Loss-Loss-Situation". "Es entstehen Schäden für beide Seiten. Das will ich verhindern", sagte Zeman. Mit seinem Kurs spaltet Zeman die Bevölkerung. Ein immer größer werdender Teil steht hinter ihm, trotzdem betrachten gut zwei Drittel der Tschechen Russland als Bedrohung. Mit seiner Vision für das Kremland steht Milos Zeman allerdings so gut wie allein auf einsamem Posten: "In langfristiger Perspektive wird Russland ein Mitglied der Europäischen Union werden. Wenn das den Russen nicht gefällt, können sie sich umgekehrt vorstellen, dass die EU der Russischen Föderation beitrete. Aber das Resultat bleibt gleich eine Ökonomie, die sich wechselseitig ergänzt."

Präsidentenwahl in Frankreich: Macron, der Überraschungskandidat - Politik - Tagesspiegel 03.03.17, 14:57
<http://www.tagesspiegel.de/politik/praesidentschaftswahl-in-frankreich-macron-der-ueberraschungskandidat/19205354.html> Seite 1 von 2
 Präsidentenwahl in Frankreich 03.01.2017 17:05 Uhr

Macron, der Überraschungskandidat

Seit der Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur im November hat sich Frankreichs Ex-Wirtschaftsminister Macron erfolgreich als Kandidat der Mitte positioniert - und liegt in Umfragen sogar vor dem Konservativen Fillon.
 VON ALBRECHT MEIER

Der Chef der Bewegung "En marche!", Emmanuel Macron. FOTO: AFP



Es ist ein kometenhafter Aufstieg. Noch vor zwei Jahren war Emmanuel Macron den meisten Franzosen unbekannt. Jetzt gilt der 39-Jährige auf einmal als Hoffnungsträger: Nach einer vom Meinungsforschungsinstitut Harris Interactive am Ende des alten Jahres veröffentlichten Umfrage landete der Chef der Bewegung „En marche!“ („Auf geht's“) in der Beliebtheit vor Marine Le Pen und François Fillon. Bislang gingen viele Beobachter davon aus, dass Le Pen, die Vorsitzende des rechtsextremen Front National, und Fillon, der Kandidat der konservativen Republikaner, die Entscheidung um die Nachfolge des amtierenden Staatschefs François Hollande unter sich ausmachen würden.

Kommende Woche will der Ex-Minister in Berlin auftreten. Frankreichs führender Wirtschaftsminister Macron ist der jüngste unter allen Kandidaten für das Amt des Präsidenten, der in zwei Wahlgängen Ende April und Anfang Mai gewählt wird. Aber nicht nur sein Alter hebt ihn unter seinen Mitbewerbern heraus. Macron geht das Wagnis ein, einen pro-europäischen Wahlkampf zu führen. Das frühere Mitglied der sozialistischen Regierung will zwar die Sorgen der Bevölkerung angesichts der Terrorbedrohung aufgreifen, gleichzeitig aber die europäischen Ernungenschaften wie den kontrollfreien Schengen-Raum hochhalten. Was er über das deutsch-französische Verhältnis denkt und wie er die Zukunft Europas sieht, will er am kommenden Dienstag bei einem Vortrag in der Berliner Humboldt-Universität darlegen.

"Grenzen besser überwachen, aber nicht schließen" Präsidentschaftswahl in Frankreich: Macron, der Überraschungskandidat - Politik - Tagesspiegel 03.03.17, 14:57

In einem Beitrag für die Zeitung „Le Monde“ ließ er in dieser Woche die Öffentlichkeit schon einmal wissen, welchen Weg die EU künftig beschreiten soll. „Wir alle sind Berliner, wir alle sind Europäer“, schrieb Macron mit Blick auf den Anschlag auf dem Breitscheidplatz. Nach dem Attentat in Berlin sei Europa einmal mehr „auf die Probe gestellt“ worden, schrieb Macron. Angesichts der gemeinsamen Bedrohung durch den Terrorismus seien Deutschland und Frankreich so eng zusammengedrückt wie nie zuvor, lautete die Einschätzung des Präsidentschaftskandidaten. Nach seiner Auffassung müsse die Antwort auf die Terrorbedrohung darin bestehen, die Grenzen besser zu überwachen, aber nicht zu schließen.

Lob für Merkel

Ausdrücklich verteidigte Macron in dem Zeitungsbeitrag die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Der Vorwurf, dass Merkel mit der Öffnung der Grenze für die Flüchtlinge im September 2015 ganz Europa in Gefahr gebracht habe, sei eine „schändliche Vereinfachung“, schrieb der Kandidat. Vielmehr hätten Merkel und die deutsche Gesellschaft durch die Aufnahme der Flüchtlinge „unsere gemeinsame Würde gerettet“.

Macron grenzte sich damit nicht nur von der rechtsextremen Kandidatin Marine Le Pen ab. Sie hatte nach dem Anschlag von Berlin kritisiert, dass der mutmaßliche Attentäter Anis Amri die Reisefreiheit im Schengen-Raum genutzt habe, um auf seiner Flucht von Deutschland nach Italien zu gelangen. Auch der frühere Premierminister Manuel Valls, der als Präsidentschaftsanwärter am Ende dieses Monats bei einer Vorwahl der Sozialisten antritt, hatte in der Vergangenheit Bedenken gegen Merksels Flüchtlingspolitik geäußert.

Euphorie um Fillon ist fürs erste verfliegen

Unterdessen haben Macrons gute Umfragewerte bereits einige Nervosität im Lager von François Fillon ausgelöst, der bislang als Favorit bei der Präsidentschaftswahl gilt. Die Unterstützer von Fillon mussten mit ansehen, dass sich die Euphorie rund um ihren Kandidaten seit dessen Erfolg bei der parteiinternen Vorwahl im November inzwischen wieder gelegt hat. Viele Wähler stellen sich die Frage, ob Fillons angekündigte Schock-Therapie tatsächlich das Richtige für Frankreich ist. So hatte der frühere Regierungschef angekündigt, er wolle den Staatsdienst um 500.000 Stellen verkleinern.

Zwar dürfte Fillon bis zur ersten Runde der Wahl im April verstärkt versuchen, politische Angebote für die gemäßigte Mitte zu machen. Genau dort, zwischen Republikanern und Sozialisten, hat sich indes Macron seit der Bekanntgabe seiner Kandidatur im vergangenen November etabliert. In der jüngeren Geschichte im Nachbarland ist es keinem Vertreter des Zentrums gelungen, Präsident zu werden. Sollte Macron dies tatsächlich schaffen, wäre das eine Revolution in der französischen Politik.

MACRON SENDET SIGNAL AN DEUTSCHLAND

16. Nov 2016, Leo Kimm

Ex-Wirtschaftsminister Macron will französischer Präsident werden. Im Gegenzug für Reformen erwartet er von den Deutschen einen Kurswechsel in Europa.



© Stephanie Füssenich
Emmanuel Macron

Der Bewerber für das französische Präsidentenamt, Emmanuel Macron, verbindet seine Kandidatur mit einem Signal an die Bundesregierung. „Wenn wir es schaffen, die Dinge in Frankreich zu verändern, wird das eine wichtige Botschaft an die Deutschen sein. Nämlich, dass Frankreich zu Reformen fähig ist“, sagte Macron Capital (Ausgabe 12/2016, EVT 17. November). Im Gegenzug für „umschalt- und sozialpolitische Reformen in Frankreich“ wünscht sich Macron, dass Berlin eine Neuausrichtung Europas mitbringt. Er wolle „in Europa mit einer Politik neu starten, die hinterher von Sozialliberalen wird und deshalb besser ist für die ökonomischen Gleichgewicht“, so Macron.

Der frühere Wirtschaftsminister und ehemalige Vertraute von Staatspräsident François Hollande möchte Deutschland etwa von einem Budget für die Eurozone, einem europäischen Finanzausgleich und von mehr Investitionen überzeugen. Im Gespräch mit Capital, das Macron für ein Porträt mehrere Tage begleitet hat, offenbarte er auch seine Frustration über Hollande: Macron erklärte, er habe sich 2012 an der Seite Hollandes engagiert in der Hoffnung, eben jene Doppelstrategie aus innenpolitischen und europapolitischen Reformen verfolgen zu können – sei aber selbst enttäuscht worden.

Macron, der Ende August als Minister zurückgetreten ist, hat an diesem Mittwoch in Paris seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl im April 2017 erklärt. In manchen Umfragen rangiert der 38-jährige Ex-Investmentbanker, der sich politisch als „Progressist“ bezeichnet, an dritter Position – hinter den Kandidaten der konservativen Republikaner und des rechtsextremen Front National. Zu Macrons Vorschlägen gehört die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung aus Steuern statt aus Beiträgen. Zugleich will er prekär beschäftigten Menschen, etwa Kleinunternehmern, Zugang zum Arbeitslosgeld geben. Den Eintritt in die Rente will Macron flexibilisieren, ebenso die gesetzliche 35-Stunden-Woche. Sie soll zumindest für junge Arbeitnehmer überschritten werden.

Macron gilt als wirtschaftsfreundlich: Außer über auch immer wieder Kritik am Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form. Von seinen politischen Gegnern wird er für seine frühere Tätigkeit als Partner der Privatbank Rothschild attackiert. „Ich betrachte meine Vergangenheit als Bankier als Trumpf“, sagte er Capital. „Ich weiß, wie die Globalisierung läuft und was private Wirtschaft ist.“ Dies habe er den meisten französischen Politikern voraus. Macron plant in den nächsten Wochen einen Besuch in Deutschland: Die Humboldt-Universität Berlin hat ihn zu einem Auftritt eingeladen.

<http://www.capital.de/dsm/macron-frankreich-praesidentschaftskandidat-wahl-hollende-reformen-8146.html>

Le Monde

A Berlin, Macron veut « restaurer la confiance avec les Allemands en faisant des réformes sérieuses »

Le candidat à la présidentielle compte rencontrer des personnalités politiques de premier plan pendant son séjour de deux jours en Allemagne.

LE MONDE | 10.01.2017 à 13h52 | [M.A. A. 019 - 10.01.2017](#) | [LIRE LA SUITE](#)

Image: http://s2.lmde.fr/image/2017/01/10/534x0/5060404_6_13ec_emmanuel-macron-a-nevers-le-6-janvier_910bdfff09e75e9acb4b802251c559a.jpg



Tout faire pour contrer le procès en inexpérience que lui intentent ses adversaires. Tel est l'espoir d'Emmanuel Macron, qui a commencé, mardi 10 janvier, une visite de deux jours à Berlin.

Le déplacement a débuté mardi midi par une rencontre avec la communauté française de Berlin, où il a donné le ton de sa visite avec un discours très volontariste sur l'Europe.

« Nous sommes la seule force politique proeuropéenne », a-t-il ainsi lancé devant, entre autres, l'eurodéputée MoDem Sylvie Goulard, venue lui apporter son soutien. Pour l'ex-ministre de François Hollande, selon qui « le vrai clivage n'est pas entre droite et gauche mais entre progressistes et conservateurs », « il n'y a qu'au niveau européen qu'on créera des champions ».

« On peut faire un Google européen. Un Google français n'existera jamais. »

« Nous ne sommes pas pour une Europe béate, mais l'Europe est le seul moyen crédible de protéger nos populations », a-t-il encore dit, exprimant son souhait de « coopérations renforcées » pour des interventions communes à travers une l'Europe de la défense, avec notamment l'Allemagne.

Le fondateur du mouvement En marche ! a ensuite poursuivi sa journée par la visite d'une initiative d'intégration de réfugiés menée par la Deutsche Bahn, avant d'aller se recueillir sur la Breitscheidplatz, en hommage aux victimes de l'attentat du 19 décembre. Douze personnes ont été tuées et plus de cinquante blessées sur cette place symbolique de Berlin, fauchées par un camion qui avait foncé sur le marché de Noël qui s'y tenait, une attaque revendiquée par l'organisation Etat islamique.

« Restaurer la confiance avec les Allemands en faisant des réformes sérieuses »

Pour clore cette première journée allemande, Emmanuel Macron a ensuite tenu un discours devant l'université Humboldt, l'une des universités berlinoises, sur le thème « la relation franco-allemande et le futur de l'Union européenne ». Sur place, quelque huit cents personnes l'attendaient, dont Joschka Fischer, ancien ministre des affaires étrangères allemand, et Daniel Cohn-Bendit, qui ont pu ainsi écouter un discours entièrement prononcé en anglais, « par facilité et pour que nous nous comprenions », a justifié M. Macron.

Celui-ci a continué à décliner ses propositions pour l'Europe, comme il l'avait fait à Lyon en septembre. Partisan d'une « Europe de la souveraineté », il a entre autres appelé à l'élaboration d'« une politique d'asile commune face aux pays tiers ». Enfin, sur la politique monétaire européenne, le candidat de 39 ans juge que « l'euro est incomplet et ne peut pas durablement fonctionner sans réforme majeure » et qu'il a « profité à l'économie allemande, car c'est une sorte de Deutsche Mark faible qui a favorisé la compétitivité de l'Allemagne ».

« Nous, Français, devons restaurer la confiance avec les Allemands en faisant des réformes sérieuses », a-t-il encore avancé.

http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/01/10/emmanuel-macron-a-berlin-pour-se-donner-une-stature-europeenne_5060405_4854003.html#1rGwS8W2lmcOm.99

Frankfurter Allgemeine

Macron, ein Kandidat für Ämter und gute Bilder

Der französische Präsidentschaftskandidat ist am Pult ein Profi



Emmanuel Macron

Mein Gott, kann der gut reden! Den Leuten Europa verkaufen, so viel ist sofort klar, das macht künftig bitte nur noch dieser da. Jung, elegant, dynamisch, polyglott, schwindelerregend erfolgreich - am Mittwochabend spricht Emmanuel Macron im Audimax der Berliner Humboldt-Universität. Die Feingrafen zehren sich noch gegenseitig aus dem Bild, als der französische Präsidentschaftskandidat mit seinen ersten Sätzen scheinbar die Zuschauer irritiert. Er spricht nämlich erst einmal nur französisch. So einfach auf Französisch zu sprechen, kokettiert Macron, das sei ja recht üblich bei seinen Landsleuten. Charmeschädlich ist so ein Einstieg natürlich nicht. Im Gegenteil! Pluspunkt für Selbstkritik! Er jedoch, fährt Macron fort, werde dann doch lieber verstanden und daher spreche er in Kürze englisch - das Publikum lacht da freundlich und zeigt damit, dass es ihn auch so schon versteht. Doch zunächst erlaubt sich der französische Präsidentschaftskandidat, den gerade verstorbenen früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zu paraphrasieren: „Durch Europa muss ein Ruck gehen.“ Donnerwetter, deutsch kann er also auch noch.

Macron sagt Europa, diese Vision der Krisenraumatisierten, habe sich im Alltagsgeschehen verloren, doch für die neue Generation gebe es keinen Alltag mehr. Sie müsse jetzt die vier großen Krisen unserer Zeit bewältigen. Für Macron sind das Sicherheit (Terror und Krieg), Migration (Macron lobt die „starke“ deutsche Flüchtlingspolitik und mahnt zum Erhalt gemeinsamer Werte), Wirtschaft (die geplattete Dotcom-Blase, Finanzkrise, derzeit 50 Prozent Arbeitslosigkeit in manchen Mitgliedstaaten) und schließlich Vertrauen in Europa. Seit 2007 herrsche da Stillstand, die Mitgliedstaaten führten eine ewige Choreographie gegenseitiger Blockade auf, keiner habe mehr große Ideen wie Ende der Neurologie.

Der Kandidat präsentiert seine Vorschläge: Für die Sicherheit wünscht er sich eine mobile Einsatztruppe von 5000 Mann, eine externe Polizei für Europas gemeinsame Grenzen. Eine gemeinsame Asylpolitik soll die Last von besonders getroffenen Staaten wie Griechenland und Italien nehmen. Das Dublin-Abkommen soll weiterentwickelt werden. Die EU soll mehr Kooperationsabkommen mit den relevantesten Herkunft- und Transitstaaten schließen und mit ihnen auf jährlichen Konferenzen verhandeln. Europäische Verteidigungsbonds hält Macron für eine gute Idee. Also: Mehr Europa, denn nun „wächst zusammen, was zusammengehört“ zitiert der Franzose Willy Brandts „Ausspruch zum Mauerfall“.

Als er fertig ist, wandert sein Blick die Reihen entlang und scheint geradezu die Applaudierenden zu zählen. Macron ist am Pult ein Profi. Würde er nicht gerade über die Zukunft Europas reden, könnte er auch ein Rhetorik-Seminar leiten. Minutenlang brennt er die Zuschauer durch eine einzige, fokussierende Handgeste, eine Art zugewandte Krulle, wie sie - ein Zufall? - die Willy-Brandt-Statue in der Berliner SPD-Zentrale zeigt: Alle Finger zum Publikum. Wie kriegt er es hin, dass das jetzt nicht aggressiv wirkt? Macron setzt Pausen, redet nie ohne die passende Emotion, mal leidend, dann energisch, pocht rhythmisch auf das Pult mit wie zum Gebet zusammengelegten Händen. Er hält Blickkontakt, nicht nur vorn in die Kameras und zu den Abgeordneten oder zu den Veteranen der Europapolitik, Daniel Cohn-Bendit oder Joschka Fischer, nein, auch mal hoch zu den Rängen, wo die vielen französischen Studentinnen und Studenten ihrem Präsidentschaftskandidaten lauschen. Ist der nicht auch erst im Dezember 39 Jahre alt geworden? Könnte einem nicht so einer mal in der Bibliothek begegnen?

Eher nicht: Macron hat die Uni lange hinter sich. Der selbstverständlich an der Pariser Eliteschmiede ENA ausgebildete Politikwissenschaftler beriet als Direktor im Finanzministerium französische Staatspräsidenten, wurde dann gut verdienender Investmentbanker bei Rothschild. Dann arbeitete er für den amtierenden Präsidenten François Hollande. Im vergangenen Jahr hat er seine eigene Bewegung gegründet: „En Marche“, in etwa: „Vorwärts!“ Auf Sarkozie Art legte sich der Zögling der Sozialisten mit den Gewerkschaften an: Er empfahl Streikenden, lieber arbeiten zu gehen, damit sie sich statt T-Shirts einen Anzug leisten könnten. So wie er. Auch beim Berlin-Besuch war er nicht durchgehend freundlich: Deutschland müsse mehr investieren. Der Euro sei eine schwache D-Mark, der die deutsche Industrie begünstige. Deutschland sei „naiv“ gegenüber den globalen Gefahren durch Cyberattacken und

HENDRIK WIEDUWILT

12.1.2017

Politique

Emmanuel Macron s'exprime en anglais depuis Berlin, Marine Le Pen s'indigne

Emmanuel Macron à Paris, 26/10/2016. Crédit: CHAMUSSY/SIPA - CHAMUSSY/SIPA
C. Ape. Publié le 11.01.2017 à 10:10
Mise à jour le 11.01.2017 à 11:31

Un discours en anglais qui a fait siffler les oreilles de certains de ses adversaires. Le candidat à la présidentielle [Emmanuel Macron](#) était mardi en déplacement à Berlin en [Allemagne](#) pour peaufiner sa stature internationale, une dimension indispensable pour tout postulant à l'Elysée. Et pour se faire, l'ancien benjamin du gouvernement Hollande s'est exprimé sur l'avenir de l'Europe... en anglais dans le texte.

Le FN voit rouge

Un choix vivement critiqué par [Marine Le Pen](#) notamment, note [LCI](#).



Marine Le Pen



[@MLP_officiel](#)

Le candidat à la présidentielle Macron va à Berlin faire une conférence en anglais... Pauvre France ! MLP

7:24 PM - 10 Jan 2017

759 759 Retweets 1 100 1 100 likes

<http://www.20minutes.fr/politique/1993547-20170111-emmanuel-macron-exprime-anglais-depuis-berlin-marine-pen-indigne>



Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen
Wir machen Sie fit für Europa!

EU-Kommissionspräsident Barroso präsentiert seine Ideen zur Zukunft Europas am 8. Mai in Berlin



RS_MODULE_CODE

06.05.2014 Berlin. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso wird am 8. Mai an der Berliner Humboldt-Universität eine Grundsatzrede über die Zukunft Europas halten. Wenige Wochen vor der Europawahl und einen Tag vor dem [Europatag](#) der Europäischen Union (EU) am 9. Mai wird Barroso seine Vorstellungen für ein offenes, vereintes und stärkeres Europa schildern. Dabei wird er auch auf die Frage einer vertieften politischen Union und möglichen Vertragsänderungen eingehen, um die künftigen Herausforderungen der EU gemeinsam zu meistern.

Der Titel der Rede von Kommissionspräsident Barroso lautet „Gemeinsam, offen und stärker – ein Beitrag zur Zukunft der Europäischen Union.“ Die Veranstaltung wird vom [Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht](#) der Humboldt-Universität zu Berlin in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland organisiert. Die Rede beginnt am 8. Mai um 11:00 Uhr und wird live von [Europe by Satellite \(EbS\)](#) übertragen.

Matteo Renzi a Berlino: Humboldt, Merkel e Berlin Chemie

1 July 2015



Photo by Palazzechigi

di Mirea Cartabbia

Oggi, lunedì 1 luglio, il premier Matteo Renzi è a Berlino.

Renzi terrà alle ore 10.15 una conferenza dal titolo "Europa: Back to the Future" alla Humboldt Universität. A partire dalle 18.00 sarà possibile riascoltare l'intero intervento del presidente tramite questo [player](#).
alle 12.30 il presidente visiterà le industrie Berlin Chemie, che sono affiliate ormai da parecchi anni al gruppo farmaceutico italiano Menarini, fondato a Firenze nel 1886.

Infine ore 15.30, incontrerà Angela Merkel nella sede della Cancelleria Federale e a seguire ci sarà la conferenza stampa.

L'incontro fra i due è importante, anche in vista del riposizionamento di Renzi rispetto ad alcune sue affermazioni passate e ad un presunto dislocazione anti-tedesca del Pd. E' uno schieramento con Berlino – in qualche modo – imposto dalla Grecia, che chiede necessariamente di prendere una parte. Uno schiarimento, dopotutto, studiato dal presidente anche nel tentativo di rafforzare il proprio Governo.

La giornata si presenta molto piena e le tempistiche altrettanto strette, perciò questa volta non ci sarà tempo per poter ammirare il panorama seduti su una panchina di legno o per romantici baci ai piedi di imponenti stamie di inizio '500.



Photo by Palazzechigi



ITALIENS MP MATTEO RENZI (40) ÜBER DIE ZUKUNFT EUROPAS „Wir brauchen wieder Mut“

Von: FLAMINIA BUSSOTTI
veröffentlicht am 01.07.2015 - 18:13 Uhr

Berlin – Große Worte für große Herausforderungen Europas. Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi (40) sprach am Mittwoch in der Berliner Humboldt Universität über die Zukunft Europas.

„Europe back to the future“ (Europa zurück zur Zukunft – angelehnt an die berühmte US-Film-Reihe „Zurück in die Zukunft“) war der Titel seiner Rede.

Renzis Forderungen: Europa darf nicht nur die Champions League oder der Eurovision Song Contest sein und auch nicht nur die Abschaffung der Roaming-Gebühren oder die Einführung des Breitbandanschlusses.

Vielmehr soll Europa seine Identität wiederentdecken, so die Worte des italienischen Ministerpräsidenten.

Nur mit Technokraten und Bürokraten, Verbrauchern anstatt von Bürgern sei es nicht getan. Es brauche einen Traum, eine Vision, um neue Hoffnung zu gewinnen.

„Sucht das Herz Europas nicht in den Brüsseler Gebäuden, in den Kanzleien oder in den Parteien: Die sind leer. Das Herz ist dort, wo man studiert, wo es menschliches Kapital und Identität gibt“, sagte er den Studenten im Hörsaal.

Er forderte, Europa müsse sich seinen Herausforderungen stellen. Auf die Griechen bezogen heißt das: „Ihnen muss geholfen werden, aber an den Reformen geht kein Weg vorbei.“

Eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum hält er für sinnlos. Peinlich findet er, dass sich die EU nicht auf verbindliche Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen einigen konnte, „eine lächerliche Diskussion“, findet er.

Den EU-Gipfel bewertet er als „Festival des Egoisten“. Für die Ukraine gelten klare Prinzipien: „Moskau muss die territoriale Integrität und das Völkerrecht respektieren, die Nato hat richtig gehandelt, Punkt. Russland aber ist unser größter Nachbar und muss unser Partner werden in dem Kampf gegen den Terror.“

Und schließlich: „Europa muss wieder positiv denken, nicht gegen diesen und jenen, sondern für den Frieden, die Zivilisation, die Kultur. Wir brauchen wieder Mut.“

Italiens Premier zur Sparpolitik „Das zerstört Europa“

Italiens Premier Renzi kritisiert in Berlin die Sparpolitik und fordert auch von den Deutschen ein Umdenken. VON ANDREA DERNBACH



Renzi mit Kanzlerin - seine Kritik brachte er öffentlich in der Humboldt-Universität vor.

Italiens Ministerpräsident **Matteo Renzi** hat in Berlin massive Kritik an der europäischen Sparpolitik geäußert und implizit auch an der Rolle Deutschlands, die er als „entscheidend“ bezeichnete. „Diese Politik, die alles auf die Karte Einsparungen setzt, hat in den letzten Jahren nicht funktioniert. Vielleicht für Deutschland, aber nicht für Europa.“ Was gerade in Griechenland geschehe, sei „nicht das, was wir unter einem neuen Europa verstehen“. Eine rein finanztechnische Auffassung von Europa funktioniere nicht „und wird Europa zerstören“.

Viel Lob für den Gast

Die Folgen des Sparens, so der Premier, könne man an den Statistiken ablesen. In Lissabon habe die Europäische Union vor 15 Jahren beschlossen, die wettbewerbsfähigste und dynamischste Region der Erde zu werden. Nun „sind wir dabei, das Schlüssellicht zu werden“. Er kenne „kein Unternehmen in der Welt, das wettbewerbsfähig bleibt, wenn es aufhört zu investieren“.

Renzi sprach im Rahmen der Reihe „Humboldt-Reden zu Europa“, die das Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität mit Partnerinstitutionen schon seit einigen Jahren organisiert. Die Veranstalter bereiteten ihrem italienischen Gast einen ungewöhnlich enthusiastischen Empfang. Professor Ingolf Pernice lobte Renzi als denjenigen, der die Lage Italiens in einem Jahr im Amt „sehr verbessert“ und dem Land wieder internationales Vertrauen zurückeroberet habe. Bernhard Schnitger, Vizechef der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, lobte ihn sogar als den Politiker, „der wie niemand anderes in Europa Dynamik verkörpert“.

„Es geht um Euro oder Drachme“

Pernices Kompliment, er habe die Herzen der Italiener erobert, wiegelte Renzi selbst ab. Tatsächlich hat er noch keine Parlamentswahl gewonnen beziehungsweise gewinnen können, weil er 2014 noch ohne Neuwahl vom scheidenden Staatspräsidenten Giorgio Napolitano in sein Amt eingesetzt wurde. Bei der Europawahl erzielte Renzis Mitte-Links-Partei ein sehr gutes Ergebnis, inzwischen bröckelt die Zustimmung.

Renzi kritisierte in Berlin auch die griechische Regierung unter **Syriza** dafür, dass sie ein Referendum über die Verhandlungsergebnisse mit den Gläubigern Griechenlands angesetzt hat. Das Referendum sei hochriskant, weil selbst bei einem Ja nicht klar sei, wie es in Athen weitergehe. Die Abstimmung, die an diesem Sonntag stattfinden soll, gelte ohnehin einem anderen Thema: „Es ist ein Referendum darüber, ob Griechenland in der Euro-Zone bleibt oder zur Drachme zurückkehrt. Nicht mehr und nicht weniger.“ Die EU warte er, sich in den Wahlkampf einzumischen. „Eine Einmischung von EU-Politikern wäre ein Geschenk an Syriza“, sagte Renzi.

Heftig reagierte Renzi auch beim Thema Flüchtlinge: **Bis drei Uhr morgens habe er auf dem EU-Gipfel „ein Festival des Egoismus“ erlebt**, das die Gründerväter des gemeinsamen Europa erschüttert hätte. Er habe als 14-Jähriger den Mauerfall erlebt. Jetzt sei sein Sohn 14 Jahre alt, und es krämpfe sich ihm das Herz zusammen, wenn er daran denke, „dass ich ihr demnächst wohl werde erklären müssen, dass man wieder eine Mauer baut, um dich zu verteidigen“.

Italien braucht Europa dringender denn je

Von Francesco Bei, Rom | Veröffentlicht am 04.07.2015 |



Italiens Regierungschef Matteo Renzi

Quelle: Die Welt

Mit feiner Diplomatie versuchte Matteo Renzi, das griechische Referendum zu verhindern. Als das scheiterte, bekannte er sich zu einem Ja für Europa. Denn ein Ja könnte Rom sich nicht leisten. Gleich dreimal hat Matteo Renzi – ohne es die Öffentlichkeit wissen zu lassen – in der vergangenen Woche versucht, Alexis Tsipras wieder an den europäischen Verhandlungstisch zu bringen. Mittwochvormittag versuchte er, das Referendum zu verhindern. Das tat er vorsichtig hinter den Kulissen, fest davon überzeugt, dass ein allzu entschiedenes Auftreten in der Griechenland-Krise – im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen – für die Interessen Italiens kontraproduktiv wäre. Doch im letzten Moment, als immer deutlicher wurde, dass ein Referendum unvermeidlich ist, änderte der Ministerpräsident überraschend seine Haltung und wagte ein klares Bekenntnis, das er bis dahin vermieden hatte. Renzi ging in die Offensive und erklärte sowohl EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als auch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel unter vier Augen, dass ein Referendum absolut nicht notwendig sei. „Tsipras ist ein gewiefter Spieler!“, erklärte der italienische Ministerpräsident bei seinem Vier-Augen-Gespräch mit Merkel. „Das Einzige, was die Griechen wissen müssen, ist: Wenn sie mit Nein stimmen, verabschieden sie sich vom Euro!“ Der Staatsphilosoph Niccolò Machiavelli schrieb vor fünf Jahrhunderten: „Ein Herrscher wird dann geschätzt, wenn er, statt neutral zu bleiben, sich für einen und gegen einen anderen entscheidet und gut Krieg zu führen weiß!“ Renzi hat sich nun entschlossen, dem Ratschlag seines Landsmannes zu folgen, und sich offen zu Merkel und gegen Tsipras bekannt.

DAS RIGOROSE EUROPA HAT NICHT FUNKTIONIERT. DAS IST KEIN PROBLEM ITALIENS, DAS SEINE REFORMEN JA DURCHFÜHRT, SONDERN EIN PROBLEM EUROPAS

Doch die Sache ist die: Italien erwartet, dass das Opfer Griechenlands – falls die „Nai“ gegenüber den „Ochi“ gewinnen – Europa dabei hilft, den Weg der Sparpolitik zu verlassen. Nach dem Referendum wird man eine Offensive für eine neue Europapolitik starten. Renzi hat dieser bei einem Vortrag in Berlin vor Studenten der Humboldt-Universität bereits vorgegriffen. „Das rigorose Europa hat nicht funktioniert. Das ist kein Problem Italiens, das seine Reformen ja durchgeführt, sondern ein Problem Europas. Denn der wahllose Einsparen der Investments ist ein Sparen an der Zukunft, am Wachstum und an den Zielen von Lissabon.“ Gerade die griechische Krise, die bei einem rechtzeitigen Einschreiten Europas hätte gelöst werden können, beweist nach Ansicht Roms, wie ineffizient die aktuelle Regierungspolitik des Euro-Raums ist. Es ist nicht nur ein verbaler Schlagabtausch zwischen Befürwortern der Flexibilität und Vertretern der Strenge.

Für Renzi liegt das eigentliche Ziel in „einer demokratischen und nicht technokratischen Regierung der Euro-Zone“, in einer echten Entwicklungspolitik, einer Wiederaufnahme von Investitionen in Europa und einer neuen Sozialpolitik, die in der jungen Generation des Kontinents die fast erloschene Flamme einer Idee wieder neu entzündet. Gemeint ist eine Generation von Politikern, die dem Vermächtnis der Gründungsväter gerecht werden müsse.

Gratwanderung zwischen Erfolg und Unsicherheit

Natürlich wird Renzi das Ergebnis vom Sonntag auch in die Innenpolitik mit einbeziehen. Was die Wallfahrt nach Athen betrifft, die alle Gegner seiner Regierung in diesen Tagen unternommen haben, von der rechten Lega Nord bis zum Movimento Cinque Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung) und der Forza Italia – dem Regierungschef mit seiner Partito Democratico (PD) zeigt sie nur eines: „Die PD ist die einzige politische Kraft Italiens, die die Weiterführung des Sanierungsprozesses des Landes sowie des Reformprozesses im Einklang mit Europa garantieren kann.“

Wie hauchdünn die Grenze zwischen Erfolg und Unsicherheit ist, beweisen die letzten Zahlen aus der italienischen Wirtschaft – ein finanzieller Zusammenbruch ist immer noch möglich. Weil es gelang, den italienischen Konsum zu beleben und damit die Industrie zu stärken, und dank einer erfolgreichen Arbeitsreform durfte Italien zum ersten Mal in sieben Jahren darauf hoffen, sein Ziel zu erreichen.

Nun jedoch scheint das schwieriger zu werden, angesichts der Tatsache, dass die strapazierten Flexibilitätsgrenzen der EU-Kommission mit zwei Urteilen des EU-Verfassungsgerichts bereits erreicht wurden. Die Neubewertung der Renten, die vom etnermaligen Premier **Matteo Monti** blockiert worden waren, hat bereits 2,2 Milliarden Euro gekostet, die vom Budget 2015 abgezogen werden müssen. Eine Lohnanpassung der Beamten reißt ein weiteres 1,7-Milliarden-Loch in den Haushalt des kommenden Jahres. Kurz und gut: Den berühmten „Schatz“ gibt es nicht mehr. Und für Renzi wird es zu diesem Zeitpunkt lebenswichtig, dass Europa die Last der Investitionen übernimmt.

In Kooperation mit „La Repubblica“. LENA: Leading European Newspaper Alliance

Übersetzung: Bettina Schneider

<https://www.welt.de/politik/ausland/article143521721/Italien-braucht-Europa-dringender-denn-je.html>

L'EUROSCETTICO

VIAGGIO DI NOZZE A BERLINO. RENZI IN GINOCCHIO DALLA MERKEL

Publicato in POLITICI&POLTRONE da L'Euroscettico il 3 luglio 2015
headline_area



Mentre la Grecia va a pezzi, Renzi corre a Berlino a inginocchiarsi alla corte della Merkel per blindare Europa e euro.

Quick Adsense WordPress Plugin: http://quicksense.net/336*280 all'inizio di ogni post

In uno dei giorni più difficili per l'Unione europea e per l'euro, con gli occhi puntati sulla crisi greca, Matteo Renzi vola a Berlino, in ginocchio da Angela Merkel. In mattinata il premier italiano è intervenuto alla **Humboldt University** su Europe: back to the future. Nel primo pomeriggio, poi, il bilaterale con la cancelliera tedesca. In un momento di crisi nera, il clima è da luna di miele. I due leader giocano alla coppia felice: fanno fronte comune, difendono la baracca (l'Europa) e rimbrottano Alexis Tsipras, il figlioletto cattivo. "Quello che è importante è, finché si sta in una casa comune che è l'Ue, mantenere le regole insieme, stare alle regole condivise – redarguisce Renzi in conferenza stampa a Berlino – quando abbiamo opinioni diverse ne parliamo e poi si esce con la stessa posizione, così si fa in Europa".

Da giorni Renzi si è allineato alla Germania. Molto più di un tempo, ha spostato la barra verso Berlino. Fronte comune contro l'ex amico Tsipras. Che ora viene attaccato su più fronti, quello tedesco e quello romano. Dall'Eliseo François Hollande ha già fatto il suo mettendo in chiaro sin dall'inizio che il referendum è un'assurdità. Da un paio di giorni a questa parte, poi, anche Renzi si è messo a bastonare in questo senso. In linea con la cancelliera tedesca che, implacabile, ha sospeso qualsiasi negoziato con Atene prima di avere in mano i risultati della consultazione. "La Grecia ha il diritto di fare il suo referendum sulle proposte europee – mette in chiaro – ma i partner europei hanno egualmente il diritto di rispondere a quello che sarà il suo esito". E lì, al suo fianco, il fido Renzi. Che ci tiene a far valere il peso dei due partiti, il Pd e la Cdu, all'interno dell'Unione europea.

"Io e Angela non abbiamo le stesse idee su tutto, è la democrazia bellezza... – dice Renzi – ma rappresentiamo i due partiti più votati in Europa, insieme hanno ottenuto 22 milioni di voti". E ricorda (sempre all'indirizzo dell'inguaiato Tsipras): "Siamo alla guida di due grandi Paesi che hanno creato insieme con altri l'Europa. E che sanno che c'è bisogno di Europa della politica e degli ideali, non solo di parametri e cifre. Di fronte a questo le discussioni saranno finalizzate a rendere l'Europa più forte".

Fronte comune, insomma. Mano nella mano. Nella tana del lupo. Se e quando toccherà all'Italia lo stesso trattamento a cui è ora sottoposta la Grecia, tutte queste dichiarazioni varranno zero e l'asse Roma-Berlino verrà spezzato dal primo vento di burrasca. Per il momento, però, la Merkel si prodiga nell'incensare il fido Renzi che in Italia, invece, non gode più di grande fiducia. "Il programma di riforme in Italia è importante, impressionante, come il Jobs Act – dice la cancelliera tedesca – le prospettive per la crescita in Italia sono buone e la direzione è giusta". E Renzi a gongolare: "C'è ancora molto da fare ma l'Italia è tornata in pista e ha voglia di correre più veloce di tutti". Ora non resta che vedere se, quando i nodi delle riforme di Renzi verranno al pettine, la Merkel si ricorderà di tutti questi convenevoli. O passerà sul premier fiorentino come un panzer, proprio come sta facendo con Tsipras.



Dall'università alla cancelleria: oggi Matteo Renzi è a Berlino. Ecco il programma del giorno

1 luglio 2015 By [Berlino Magazine](#)



Oggi Matteo Renzi è a Berlin. Sarà prima ospite della celebre **Humboldt-Universität**, poi si recherà presso gli stabilimenti della Berlin-Chemie Menarini ed infine incontrerà Angela Merkel presso la cancelleria. Si parlerà di relazioni Italia-Germania, di Europa e sicuramente di Grecia. Il titolo dell'incontro presso l'università è Europe: Back to the Future" ed è organizzato in collaborazione con l'**Europäischen Kommission Vertretung in Deutschland**, la **fondazione Mercator** e la **Deutschen Post DHL**.

Il programma nel dettaglio

Ore 10.30 Intervento del Presidente del Consiglio alla Humboldt Universität
(Europe: Back to the Future).
Indirizzo: Unter den Linden 6 – 10099 Berlin

